

Armut in Ostdeutschland größer

Jeder Fünfte in den neuen Bundesländern gefährdet

schä. FRANKFURT, 29. August. In den neuen Bundesländern ist die Gefahr, in die Armut abzurutschen, deutlich größer als im Westen der Republik. Das Statistische Bundesamt teilte am Donnerstag mit, dass in Ostdeutschland im vergangenen Jahr knapp jeder Fünfte (19,7 Prozent) von Armut bedroht war, in Westdeutschland war es nur jeder Siebte (14 Prozent). Das Amt veröffentlicht die sogenannte Armutsgefährdungsquote seit 2005. Damals galten 20,4 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung und 13,2 Prozent der Menschen in Westdeutschland als gefährdet, die Werte haben sich über die Jahre also nur leicht angenähert. Relativ konstant ist auch die Quote für das gesamte Bundesgebiet. Sie stieg von 14,7 Prozent auf 15,2 Prozent im vergangenen

Jahr. In Baden-Württemberg und Bayern liegt sie mit etwa 11,2 Prozent am niedrigsten, am höchsten ist sie in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern, wo die Werte doppelt so hoch ausfallen.

Gemäß einer Definition der EU gelten Menschen als armutsgefährdet, die mit weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens (Median) auskommen müssen. Im vergangenen Jahr traf dies auf Alleinlebende in Deutschland zu, die im Monat weniger als 869 Euro einnahmen. Dieses Grenzeinkommen unterscheidet sich allerdings je nach Publikation, so dass in der öffentlichen Diskussion unterschiedliche Ergebnisse umherschwirren. Grundlage für die Erhebung des Statistischen Bundesamtes ist der Mikrozensus, die größte Haushaltsbefragung in Europa.